

(57) Die Kirche vermag keine detaillierten politischen Programme und Friedensstrategien vorzulegen. Sie muss sich jedem Versuch widersetzen, dass das Evangelium politisch vereinnahmt wird. Denn der Wille, das Reich Gottes in eigener Macht und Regie verwirklichen zu wollen, hat noch immer totalitäre Systeme gezeitigt, die das Paradies versprochen und die Hölle auf Erden schufen. Gleichwohl stehen Evangelium und Politik nicht beziehungslos nebeneinander. Denn politische Programme beschreiben nie nur einzelne Maßnahmen und Entscheidungen, sondern immer auch ein gesellschaftliches Leitbild, an dem sich das konkrete Entscheiden und Handeln orientieren soll. In einer Demokratie erwächst diese politische Grundorientierung aus einem Prozess der Meinungs- und Willensbildung, an dem sich auch die Kirchen mit ihrer Sicht von Mensch und Gesellschaft beteiligen. Wir wollen in diesen Prozess das Leitbild des gerechten Friedens einbringen. Es fasst zusammen, worin sich die biblische Botschaft vom Reich Gottes und die politische Vernunft treffen. Die Kirche hat den Auftrag, das Evangelium des Friedens zu verkündigen und es in dieser Welt zeichenhaft zu vergegenwärtigen. Die Politik hat die Aufgabe, für menschenwürdige Verhältnisse zu sorgen. Beides bezieht sich auf die gleichen Menschen und auf die eine Welt, in der alle Menschen leben. [...]

(58) Im Schnittpunkt von kirchlichem Auftrag und politischer Aufgabe steht der Respekt gegenüber der Würde des Menschen. Nach christlichem Verständnis ist der Mensch als Gottes Ebenbild geschaffen und als das Gegenüber Gottes mit einer einzigartigen und unveräußerlichen Würde ausgezeichnet. Er ist dazu berufen, als vernunftbegabtes und verantwortliches Wesen in Beziehung zu Gott, zu den Mitmenschen und zu allen Geschöpfen zu leben. Die Berufung, das persönliche Leben und die Weltverhältnisse verantwortlich zu gestalten, gilt jedem einzelnen und jeder einzelnen, aber nicht als Vereinzelte, sondern in Gemeinschaft. [...]

(59) Es irrt also, wer im Sinne des Säkularismus den Glauben für eine reine Privatsache hält. [...] Die Kirche ist nach einem Wort Johannes Pauls II. „der Auffassung, dass es wesentlich zu ihrer Sendung gehört, die Würde des nach Gottes Bild geschaffenen Menschen zu verkündigen, den sie von Gott so sehr geliebt weiß, dass er durch Christus erlöst wurde.“ Christen lassen sich von niemandem darin übertreffen, groß vom Menschen zu denken. Das hat Konsequenzen. Wenn nämlich der menschlichen Person

aufgrund ihrer „erhabenen Würde ... unverletzliche(r) Rechte(n) und Pflichten“ zukommen, dann muss „alles dem Menschen zugänglich gemacht werden, was (er) für ein menschliches Leben braucht, wie Nahrung, Kleidung und Wohnung, sodann das Recht auf eine freie Wahl des Lebensstandes und auf Familiengründung, auf Erziehung, Arbeit, guten Ruf, Ehre und gezielte Information; ferner das Recht zum Handeln nach der rechten Norm seines Gewissens, das Recht auf Schutz seiner privaten Sphäre und auf die rechte Freiheit auch in religiösen Dingen.“ (GS Nr. 26) Das Leitbild des gerechten Friedens beruht auf einer letzten Endes ganz einfachen Einsicht: Eine Welt, in der den meisten Menschen vorenthalten wird, was ein menschenwürdiges Leben ausmacht, ist nicht zukunftsfähig. Sie steckt auch dann voller Gewalt, wenn es keinen Krieg gibt. Verhältnisse fortdauernder schwerer Ungerechtigkeit sind in sich gewaltgeladen und gewaltträchtig. Daraus folgt positiv: *Gerechtigkeit schafft Frieden*. Der Bedingungs Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden birgt in sich die Möglichkeit einer Politik der Gewaltvorbeugung und gleichzeitig die Verpflichtung, sie zu verwirklichen. (60) [...] Wer eine friedlichere Welt will, muss die tief liegenden Ursachen des Krieges bekämpfen. Aus der Perspektive des gerechten Friedens bedeutet das, durch eine Politik der Gewaltvorbeugung Gewaltverhältnisse auszutrocknen, die stets neue Gewalt provozieren und produzieren. Als der Kalte Krieg die Menschheit unaufhaltsam in eine Sackgasse zu treiben schien, eröffnete das Konzept der *Entspannung* – trotz der mit ihm verbundenen Probleme – einen neuen Weg. Jenseits der Politik der *gegenseitig gesicherten Zerstörung* entwickelte es eine subversive Energie, die dazu beitrug, den Eisernen Vorhang zu sprengen. Heute könnte das Stichwort *Vorbeugung* eine ähnliche Funktion erfüllen. Es könnte die politische Phantasie beflügeln und zu Konzepten führen, die den Krieg nicht mit seinen eigenen Mitteln bekämpfen, sondern die Logik von Gewalt und Gegengewalt unterlaufen. Die Zielperspektive des gerechten Friedens ermöglicht eine vorausschauende Politik. Das gilt allerdings nur dann, wenn diese vom Willen getragen ist, auf die Stimme des Gewissens zu hören und ihr zu folgen. Was Not tut, ist vor allen Einzelschritten eine grundlegende Bereitschaft der Politik, ihre moralische Verantwortung immer wieder zu reflektieren. [...]

Die deutschen Bischöfe: Gerechter Friede (Nr. 66), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Bonn *2013, Kap. 57–60.